

Ein Dokumentarwerk enthüllt Hintergründe in der Südtirol-Politik

Dieser Tage ist ein neues, spannend zu lesendes Dokumentarwerk erschienen. Es wurde am 13. April 2019 durch den Autor Dr. Helmut Golowitsch auf einer Buchpräsentation in Innsbruck vorgestellt.



Südtirol Opfer geheimer Parteipolitik



Neuerscheinung

Helmut Golowitsch: „SÜDTIROL – OPFER GEHEIMER PARTEIPOLITIK“

Schriftenreihe zur Südtiroler Zeitgeschichte – Band 2

Leopold Stocker Verlag Graz – Stuttgart

ISBN 978-3-7020-1772-9

Das Werk ist im Buchhandel erhältlich.

[HIER](#) zur Buchbestellung beim Stocker Verlag.

Über den Autor:

Bereits 2017 hatte der Verfasser Dr. Helmut Golowitsch seine Dokumentation „Südtirol – Opfer für das westliche Bündnis“ vorgestellt. Darin hatte er anhand von Geheimdokumenten die Geschichte des „Ausverkaufs“ Südtirols an Italien nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch führende österreichische Bundespolitiker erforscht.



In der nun vorliegenden Fortsetzung „Südtirol – Opfer geheimer Parteipolitik“ widmet sich der Verfasser der Fortsetzung dieser Politik in den 1960er Jahren. Diese vollzog sich unter Umgehung der Tiroler Landespolitiker sowie der staatlichen Institutionen auf der Ebene geheimer Absprachen zwischen bestimmten ÖVP-Bundespolitikern und Politikern der „Democrazia Cristiana“ (DC). Rom blockierte damals den Beitritt Österreichs in den gemeinsamen europäischen Markt. Unter diesem erpresserischen Druck des EWG-Vetos fand sich Bundeskanzler Dr. Josef Klaus auch zu geheimer Zusammenarbeit mit italienischen Sicherheitsdiensten und zu gesetzlich nicht gedeckten Maßnahmen gegen exilierte Südtiroler und eigene österreichische Staatsbürger bereit.

All dies wurde auf der Buchpräsentation in Innsbruck vorgestellt.



Bedeutende Zeitzeugen und Fachleute waren der der Einladung des Andreas Hofer Bundes Tirol gefolgt und hatten an der anschließenden Podiumsdiskussion teilgenommen.



Von links nach rechts: Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner, Historiker – Dr. Bruno Hosp, Zeitzeuge, ehem. Landeskommandant des „Südtiroler Schützenbundes“, Bürgermeister von Ritten, SVP-Landessekretär, Landesrat und Vizepräsident der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ – Dr. Helmut Golowitsch, Zeitzeuge und Autor – Mag. Alois Wechselberger, Geschäftsführender Obmann des einladenden „Andreas Hofer Bundes“ (AHB) – Dr. Franz Pahl, Zeitzeuge, ehem. SVP-Landesjugendsekretär, Landtags- und Regionalratsabgeordneter, Präsident des Regionalrats – Dr. Eva Klotz, Zeitzeugin, Tochter des legendären Freiheitskämpfers Georg Klotz, ehem. Gemeinderätin in Bozen, Landtagsabgeordnete – Roland Lang, Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ (SHB)

Im Publikum sah man noch **Sven Knoll**, den Landtagsabgeordneter der Süd-Tiroler Freiheit und deren Pressesprecher **Cristian Kollmann**, den Experte für die Umsetzung der doppelten Staatsbürgerschaft für Südtiroler, **DDr. Franz Watschinger**, den Landeskommandanten des Südtiroler Schützenbundes **Elmar Thaler** und **Univ. Prof. Dr. Erhard Hartung** als früher betroffenen Zeitzeugen.

Der Autor Dr. Helmut Golowitsch sprach dem **Historiker Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner** seinen großen Dank für dessen bahnbrechende Forschungsarbeit und die kollegiale Unterstützung durch Übermittlung wertvoller Dokumente und Akten aus.

In der Podiumsdiskussion erklärte Dr. Bruno Hosp, dass dieses Werk in Einblick in große Ungerechtigkeiten gebe, welche die Menschen damals ertragen mussten. Ihnen widerfahre nun Gerechtigkeit und die Geschichte werde endlich wahrheitsgetreu dargestellt.

Dr. Eva Klotz dankte dem Autor und dem Historiker Dr. Hubert Speckner für ihren Einsatz, mit welchem sie der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und der Wahrheit einen großen Dienst erwiesen hätten.

Dr. Franz Pahl erklärte: „Der Historiker Helmut Golowitsch stellt die Wahrheitsfrage, er schürft in der Tiefe, räumt täuschende Kulissen ab, zerpfückt geschönte Mythen und liefert beweiskräftiges Originalmaterial schwarz auf weiß. Wer sich der Wahrheit stellt, hat niemals etwas zu verlieren, sondern nur zu gewinnen, vor allem aber Selbstachtung und die Achtung aller Zeitgenossen.“

Dokumentation zum Inhalt

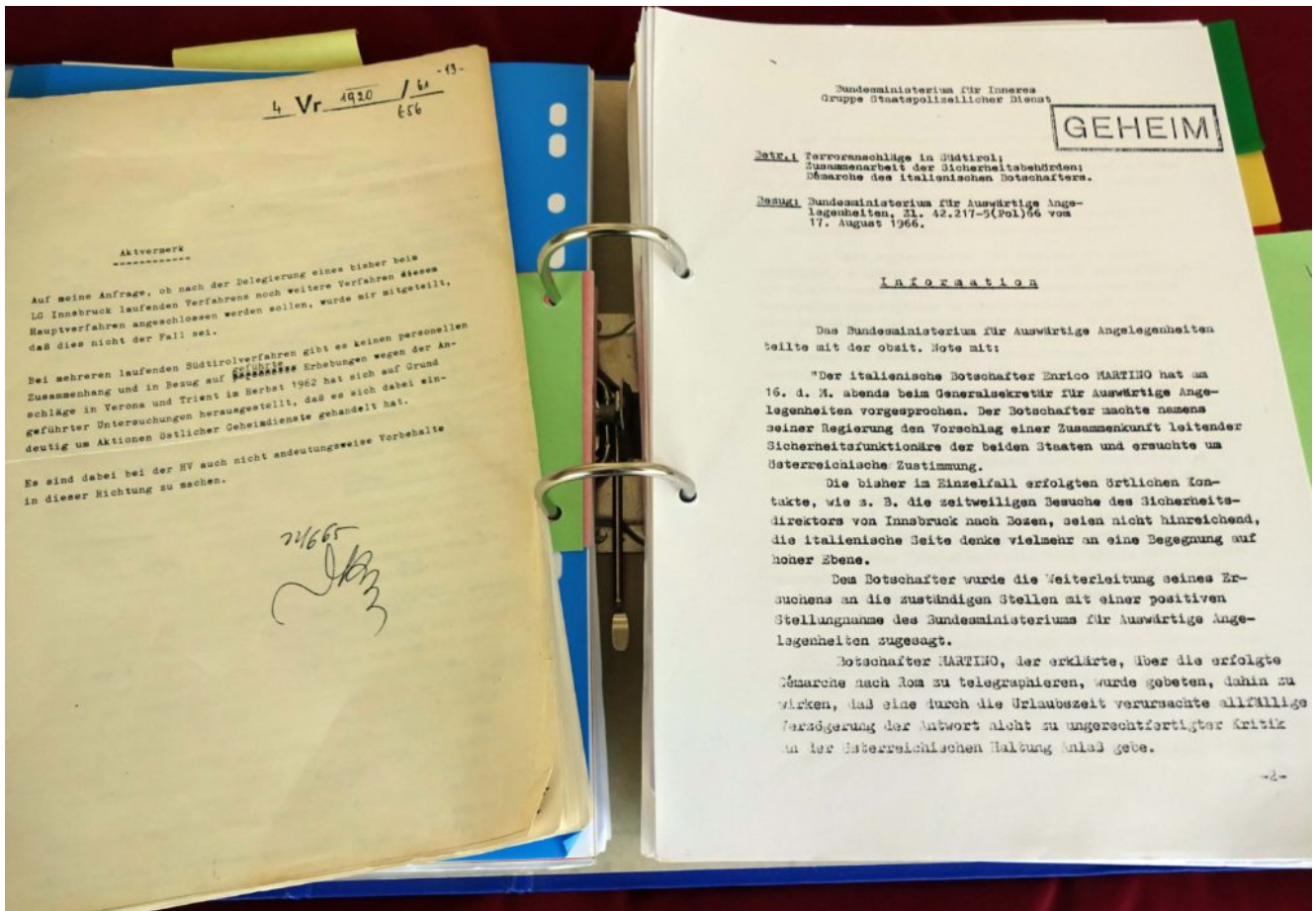
Der angebliche „Terroranschlag“ auf der Porze-Scharte

Als es am 25. Juni 1967 auf der Porzescharte im Grenzgebiet zu Österreich zu einem angeblichen „Terroranschlag“ kam, welcher auf der italienischen Seite Menschenleben zum Opfer fielen, blockierte Italien den von Österreich angestrebten EWG-Beitritt. Rom forderte von der Regierung in Wien ultimativ, dass in der Südtirol-Frage den Vorstellungen der italienischen Regierung folge.



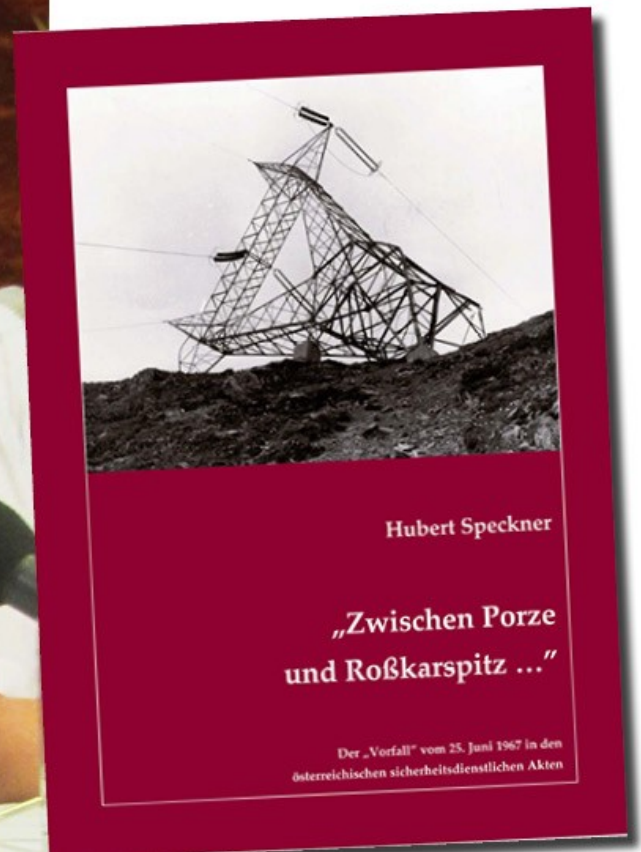
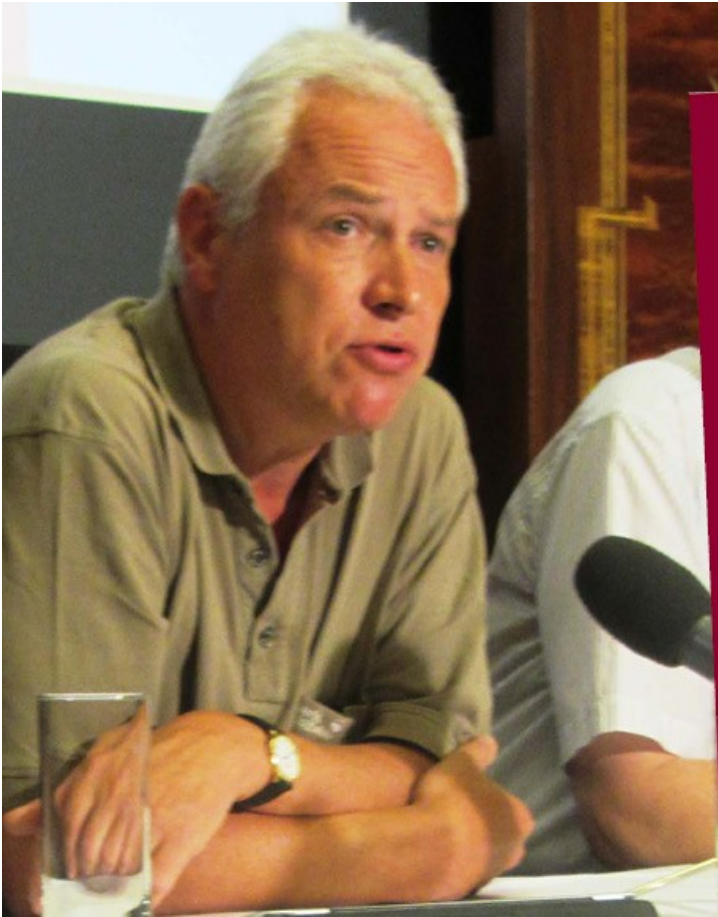
Italien beschuldigte fälschlicher weise österreichische Staatsbürger, auf der Porze-Scharte im österreichisch-italienischen Grenzgebiet Minenfallen gelegt und dadurch 4 italienische Soldaten getötet zu haben.

Der Historiker und Mitglied der Österreichischen Landesverteidigungsakademie, Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner hat dazu wesentliche Akten im österreichischen Staatsarchiv entdeckt, die der Forschung bislang noch nicht bekannt waren. Er hat sie dem Autor Dr. Golowitsch zugänglich gemacht, vor allem aber auch selbst wissenschaftlich ausgewertet.



Die von Dr. Speckner entdeckten Akten sind ein wesentliches Fundament der neuen Dokumentation.

Dr. Speckner hat selbst in einem Aufsehen erregenden Werk dargelegt, dass die italienischen Darstellungen dem angeblichen „Attentat“ nicht stimmten und sich die Dinge nicht wie behauptet abgespielt haben konnten.



In der nun vorliegenden Dokumentation von Dr. Helmut Golowitsch werden zwei neue Sprengsachverständigen-Gutachten wiedergegeben, welche die Untersuchungsergebnisse von Dr. Speckner aufgrund der physikalischen Gegebenheiten voll bestätigen.

Österreichische Zeugen: Keine Tatspuren am „Tatort“

Einen Tag am 26. Juni später hatte sich der Lienzer Bezirkshauptmann Dr. Othmar Doblender zusammen mit dem Bezirksgendarmerie-Kommandanten Scherer mit einem Hubschrauber zu dem unmittelbar an der österreichischen Grenze gelegenen angeblichen „Tatort“ hinauffliegen lassen.

Er konnte überhaupt keine „Tatspuren“ feststellen. Es waren auch keine Italiener in dem gesamten Gebiet zu sehen. Nach einer solchen „Tat“ hätten zahlreiche mit der Spurensicherung befasste Polizeibeamte auf der Porzescharte sein müssen.

Nichts! Keine Spuren, keine Tatortkommission!

Am 26. Juni besichtigten ein oder mehrere Berichterstatter der „Tiroler Tageszeitung“ den angeblichen „Tatort“ auf der Porzescharte. Das Ergebnis dieser Ortsbegehung bestätigte die Beobachtungen des Bezirkshauptmannes Doblander, die damals freilich nicht öffentlich bekannt waren. Die TT“ berichtete am 27. Juni 1967: Der angebliche „Tatort war völlig unberührt und es gab keinerlei „Tatort“-Spuren.

Es gibt noch weitere Zeugenaussagen von Mitarbeitern der österreichischen Verbundgesellschaft, die ebenfalls bestätigen, dass es zunächst auf der Porzescharte keinen „Tatort“ gab.

Waren die Toten Opfer einer Verminungs-Übung?

Damalige Berichte der einheimischen Bevölkerung lauteten dahingehend, dass die italienischen Toten Unfallopfer einer Verminungsübung auf dem nahe gelegenen italienischen Militärgelände im Gebiet des Kreuzbergpasses gewesen waren.



Dieses italienische Militärgelände war das Übungsgebiet italienischer Spezialeinheiten. So übte dort eine Spezialeinheit „Sabotatori-Paracadutisti“ („Fallschirmjäger – Saboteure“), zu deren Aufgaben das Legen von Minenfallen gehörte.

Nachstehen damalige Schlagzeilen der „Tiroler Tageszeitung“:

Die Tageszeitung

UNABHÄNGIGES ÖSTERREICHISCHES VOLKSBLATT

Einzelpreis S 1.80, DM –.40, Lire 60

Batrupps der Verbundgesellschaft untersuchte Porzescharte-Gebiet und stellte fest: Die „TT“ hat recht

Italienische Erklärungen sind falsch!

Auf der Porzescharte sind keine Minen explodiert • Der Bozner General sagte nicht die Wahrheit

Starben die Soldaten durch Minen am Kreuzberg?

In Innichen wurde am Sonntag der Abtransport von verwundeten italienischen Soldaten beobachtet • Österreich sollte Europarat anrufen

Beobachtungen, die von der Bevölkerung in Innichen und Sexten gemacht wurden, lassen erkennen, daß die vier italienischen Soldaten nicht auf der Porzescharte, sondern im Uebungsgebiet des Kreuzpasses durch einen Unfall zu Tode gekommen sind,

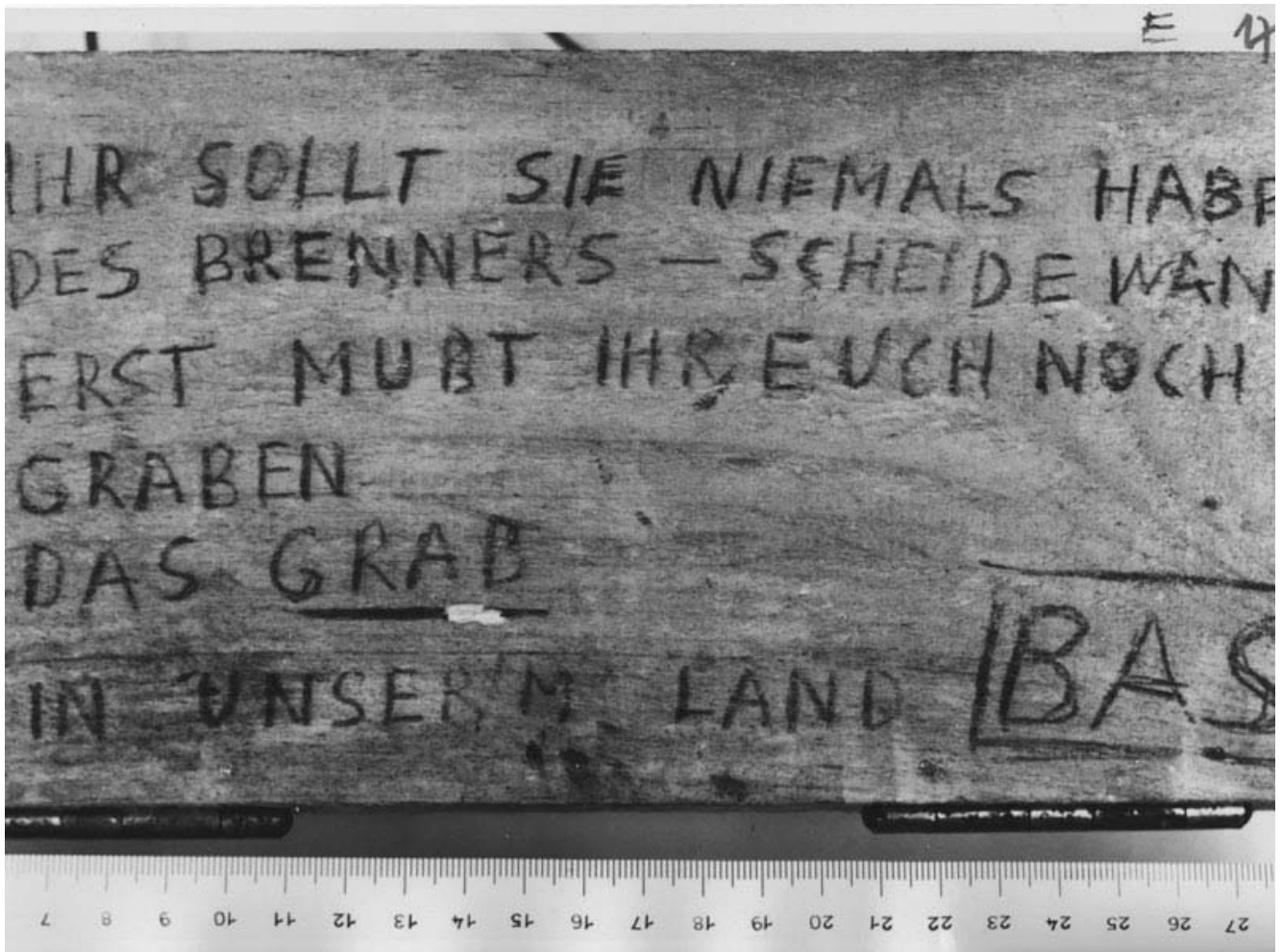
Auf der Porzescharte sind keine Minen explodiert

Schwerwiegende Feststellungen der „Tiroler Tageszeitung“ an Ort und Stelle • Verblüffende Ähnlichkeiten mit dem Unfall vom Steinjoch

Demnach hätten die Italiener die Körper der Verunfallten dazu benutzt, um nachträglich einen „Tatort“ zu arrangieren, Österreicher zu beschuldigen und die Republik Österreich politisch unter Druck zu setzen. Dokumente und Augenzeugenberichte stützten diese These. Um dafür endgültige und detaillierte Beweise zu erhalten, wäre aber ein Zugang in die italienischen Geheimdienstarchive nötig. Dieser wird wohl nie gewährt werden.

Ein Österreicher darf „Bekennerschreiben“ finden

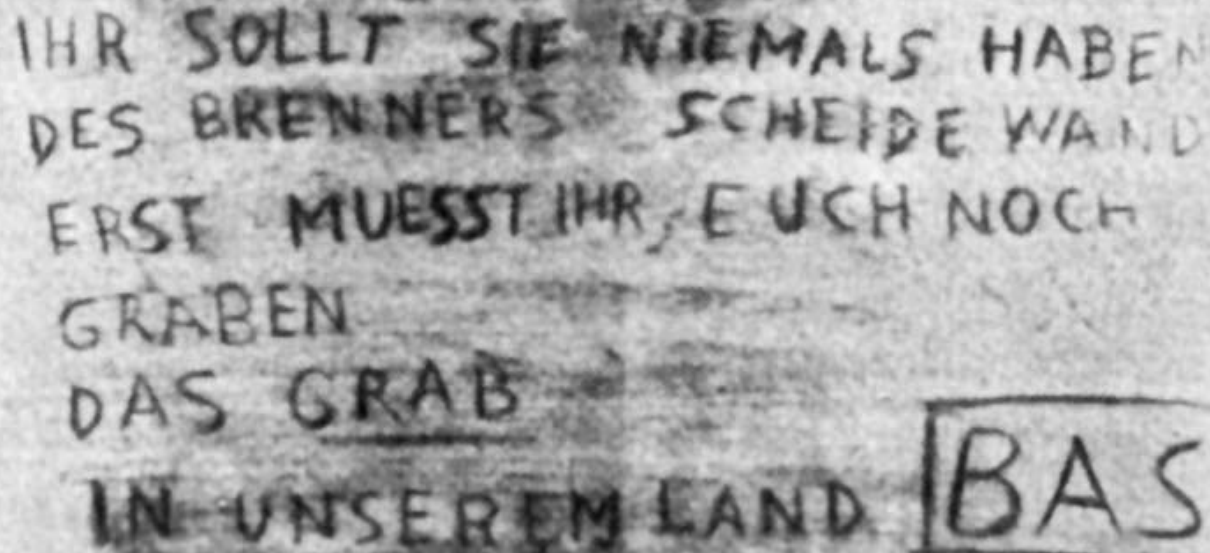
Als der „Tatort“ fertig war, ließ man den österreichischen Polizeioberstleutnant namens Alois Massak zu einer „Untersuchung“ zu. Er durfte eine kleines Holzgehäuse mit einer Zündvorrichtung finden, welches seltsamer Weise die Minenexplosion so unbeschadet überlebt hatte, dass auf dem Holzdeckel ein Bekennerschreiben des „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS) deutlich lesbar war. Ein Foto dieses „Beweisstückes“ durfte Massak seiner Regierung übermitteln.



Die eine Version des „Beweisstücks“

Wenige Zeit später übergaben die italienischen Behörden ebenfalls ein Foto dieser Selbstbezeichnung der „assassini neonazisti“ – der „neonazistischen Mörder“ der italienischen Presse. Seltsamer Weise hieß es in der Aufschrift auf diesem „Beweisstück“ plötzlich „MUESST“ statt „MUßT“, wie noch in der Aufschrift des an den Österreicher Massak übergebenen Foto des „Beweisstücks“ geheißen hatte. Bei allem Einfallsreichtum arbeiten italienische Geheimdienste offenbar nicht immer sorgsam genug. Hier hatte man wohl zwei ursprünglich angefertigte Vorlagen miteinander verwechselt.

LA «FIRMA» DEGLI ASSASSINI NEONAZISTI



IHR SOLLT SIE NIEMALS HABEN
DES BRENNERS SCHEIDEWAND
ERST MUESST IHR, EUCH NOCH
GRABEN
DAS GRAB
IN UNSEREM LAND. **BASI**

(Telefoto A.P. al «Pionier»)
Bolzano — Questa la frase, in inchiostro rosso, trovata sul congegno di accensione della mita di Gina Vallona: «Vor non dovrete mai avere il confine del Brennero — prima dovrete scavarvi la fossa nella nostra terra». La firma è del BAS, la famigerata organizzazione di cui il prof. Burger, recentemente assolto dal tribunale di Lina, si è vantato di essere il capo

Die zweite und etwas abweichende Version des „Beweisstücks“

Das EWG-Veto

Rom hatte bereits seit 1963 Wien unter starken politischen Druck gesetzt, indem Österreichs beabsichtigter EWG-Beitritt inoffiziell hinter den politischen Kulissen hintertrieben wurde.

Rom will es Wien jetzt zeigen EWG mit Südtirol gekoppelt

ROM/WIEN (Reuter, AFP, APA). Österreichs Bemühen um ein Arrangement mit der EWG und der Montanunion werde künftig von Italien blockiert. Außenminister Fanfani hat die Italienische Delegation bei der heute in Luxemburg angesetzten Gesprächsrunde der europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft angewiesen, ihr Veto gegen die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Österreich und der Montan-Union einzulegen. Damit auf, den Terrorismus zu verurteilen. Die zuständigen österreichischen Stellen sind, wie schon beim anseh-

Zahlreiche österreichische Zeitungen hatten erkannt, worum es Rom ging. Die österreichische Bundesregierung ging trotzdem in

die Knie.

Rom nahm das „Attentat“ auf der Porze-Scharte zum Anlass, am 29. Juni 1967 öffentlich den Beitritt Österreichs in den gemeinsamen europäischen Markt mit einem offiziellen Veto zu blockieren, da Österreich nichts gegen den Südtiroler „Terrorismus“ unternehme.

Rom stellte nun weitgehende Forderungen.

Wien anerkennt italienische Attentats-Version

Die ÖVP stand ab nun unter dem ständigen Druck Roms, ihrer europäischen christdemokratischen Alliierten, aber auch ihres eigenen mächtigen Wirtschaftsbundes. Die ÖVP-Alleinregierung unter Dr. Klaus schwenkte in allen Südtirol-Fragen zunehmend auf die italienischen Vorstellungen ein.

Wien anerkannte nun auch offiziell die italienische Version des angeblichen Geschehens auf der Porze-Scharte.

Wolfsbluten

TAGBLATT DER SÜDTIROLER

Bozen, Mittwoch, 5. Juli 1967

44. Jahr

Wien bestätigt: Es war ein Attentat

Österreichischer Expertenbericht deckt sich vollinhaltlich mit Darstellung des IV. Armeekorps

Die geheime Zusammenarbeit mit den italienischen Sicherheitsdiensten

Unter dem erpresserischen Druck des EWG-Vetos fand sich Bundeskanzler Dr. Josef Klaus unter Umgehung der Rechtshilfe-Vorschriften zu geheimer Zusammenarbeit mit italienischen Sicherheitsdiensten und zu gesetzlich nicht gedeckten Maßnahmen gegen exilierte Südtiroler und eigene österreichische Staatsbürger bereit.

Bundeskanzler Dr. Josef Klaus stand bereits seit Jahren in engem persönlichem Kontakt mit führenden Politikern der „Democrazia Cristiana“ (DC), vertrat die enge politische Anbindung an die Interessen der Westmächte und war nur allzu bereit, Rom gegenüber willfährig zu sein.

In einer Ministerratssitzung erklärte Klaus am 4. Juli 1967 nun, dass alle Südtiroler Freiheitskämpfer – in seiner Diktion „*Terroristen*“ – hinter „*Schloss und Riegel*“ gehörten.

In seinem Bestreben, Italien zur Aufhebung seines Vetos gegen Österreichs Eintritt in die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) zu bewegen, nahm es die ÖVP-Alleinregierung Dr. Klaus in Angriff, alle noch in Freiheit befindlichen Südtirol-Aktivisten in geheimer Zusammenarbeit mit den italienischen Sicherheitsdiensten auszuschalten.



Der österreichische Bundeskanzler Dr. Josef Klaus (ÖVP) und sein Innenminister Dr. Franz Hetzenauer (links) verhielten sich Rom gegenüber mehr als willfährig.

*Es wurde das Bundesheer mobilisiert und eingesetzt, um Südtirol-„Terroristen“ bei einem allfälligen Überschreiten der Grenze abzufangen.

*Achtzehnjährige Grundwehrdiener erhielten einen mehr als problematischen Schießbefehl gegen Menschen.



OBERÖSTERREICHISCHE Nachrichten

VEREINIGT MIT DER »TAGES-POST« GEGRÜNDET 1865

EINZELPREIS S 2.50 • Erscheinungsort Linz • Verlagspostamt 4020 Linz • P. b. b.

Nr. 156**

Samstag, 8. Juli 1967

103. Jahrgang

Bundesheer an Italiengrenze

WIEN (ÖÖN). In der Regierung bestehen ernsthafte Ueberlegungen, an der österreichisch-italienischen Grenze Einheiten des Bundesheeres einzusetzen, um jede Terroristätigkeit in Südtirol von österreichischem Boden aus zu verhindern. Auf

wartet werden könnten. Dr. Withalm erklärte überdies vor Journalisten, daß schon in nächster Zeit Maßnahmen ergriffen würden, damit jedermann der Ernst der Situation klar werde und kein Zweifel an der Entschlossenheit Österreichs auftauchen

heer zur Unterstützung für Aufgaben der Exekutive herangezogen werden, wobei dann die Soldaten Exekutivgewalt ausüben und Aufträge der Sicherheitsbehörde ausführen. Innenminister Hetzenauer soll im nächsten Ministerrat einen Ent

BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

zu Erl. Zl. 378.883 - Zentr/67

M E R K B L A T T

für die Assistenzleistung des Bundesheeres
bei der Überwachung
der österreichisch - italienischen Grenze
gemäß § 2, Abs. 1, lit. b) des WG.

f) Waffengebrauch

aa) im Falle der Notwehr (zum Schutze des eigenen Lebens) oder Notwehrhilfe (wenn eine andere Person in einer das Leben gefährdende Weise angegriffen wird).

bb) Bei Fluchtversuchen nur gegenüber nachstehendem Personenkreis:

Mörder, Totschläger, bewaffnete Gewaltverbrecher und erkannte Sprengstoffverbrecher, wenn die Aufforderung zum Stehenbleiben, Verfolgung durch Nacheile, körperliche Gewalt, Warnschüsse erfolglos geblieben sind.

Zielen nur auf Beine.

Junge unerfahrene Buben sollten diesem unsäglichen Befehl zufolge auch in der Dämmerung und über größere Distanzen sofort erkennen, wer ein „Sprengstoffverbrecher“ sei und dann „nur auf Beine“ zielen. Gott sei Dank kam es in der Folge jedoch zu keinem derartigen Zwischenfall.

Zwangsaufenthalt für geflüchtete Südtiroler

*Nach Österreich geflüchteten Südtirolern wurden Zwangsaufenthalten angewiesen oder sie wurden unter allerlei Vorwänden in Polizeigewahrsam genommen.

Der Schützenmajor Klotz wird aus Tirol verbannt

OBERÖSTERREICHISCHE
Nachrichten

VEREINIGT MIT DER »TAGES-POST« GEGRÜNDET 1865

EINZELPREIS S 1.80 • Erscheinungsort Linz • Verlagspostamt 4020 Linz • P. b. b.
Nr. 158** Dienstag, 11. Juli 1967 103. Jahrgang



Im Namen der Republik

liegen die beiden Pustererbuam, Südtiroler Freiheitskämpfer

Forer u. Oberlechner

im Gefängnis des Landesgerichtes Feldkirch in Vorarlberg

Dies

wegen Widerstandes gegen die italienische Fremdherrschaft in Südtirol

trotz Freispruch

durch österreichische Geschworene in Wien am 12. März 1968 und Antrag auf Aufhebung der Auslieferungshaft durch die Ratskammer Feldkirch am 16. Mai 1968

auf Weisung

unserer Bundesregierung!

Volk:

Wie lange noch Unrecht dulden? Komm zur Probedemonstration am 27. Juli 1968 nach Innsbruck, um 17 Uhr auf dem Platz vor dem neuen Landhaus!

Es gab Protestplakate und Protestkundgebungen gegen die Vorgangsweisen der österreichischen Bundesregierung.

*Da aufgrund der österreichischen Rechtslage eine Rechtshilfe an die italienische Justiz in politischen Fällen nicht zulässig war, wurde dieses Verbot umgangen, indem auf geheimen Treffen italienischer und österreichischer Sicherheitsbeamter in der Schweiz den Italienern das gewünschte Material zur Verfolgung Südtiroler Freiheitskämpfer ausgehändigt wurde.

Bundesministerium für Inneres
(Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit)

L. L. ... 17

<p align="center">Geschäftszahl ✓</p> <p align="center">33287 - 17/67</p> <p>Miterledigte Zahlen</p>	<p>Vorzahl 33287 - 17/67 ✓</p> <p>Nachzahlen</p> <p>Bezugszahlen</p>	<p align="center">Genehmigungs-, Dringlichkeits- und Verschlussvermerk</p> <p align="center">VERSCHLUSS =====</p>															
<p>Gegenstand</p> <p>ÖSTERREICH - ITALIEN;</p> <p>5. Besprechung auf hoher Ebene zwischen Organen des österreichischen und des italienischen Sicherheitsdienstes in Anwesenheit je eines Vertreters der beiden Außenministerien in Zürich am 28. Juli 1967.</p>		<table border="1"> <tr> <td rowspan="2" style="width: 10%; text-align: center;">Frist</td> <td colspan="3" style="text-align: center;">zu betreiben am</td> </tr> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td></td> <td colspan="3" style="text-align: center;">neue Frist</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>	Frist	zu betreiben am							neue Frist						
Frist	zu betreiben am																
	neue Frist																

Bundesministerium für Inneres
(Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit)

2. Juni 1967

Geschäftszahl 28.335 - 17/67	Vorzahl 40 835-17/66	Genehmigungs-, Dringlichkeits- und Verschlussvermerk VERSCHLUSS =====	
	Nachzahlen		
	Bezugszahlen		
Miterledigte Zahlen			
Gegenstand ITALIEN - SÜDTIROL; <u>hier:</u> 1.) 3. periodische Besprechung zwischen Funktionären der österr.u.ital. Sicherheitsbehörden in Zürich am 12.4.67. 2.) Gegenseitige Verständigung der Sicherheitsbehörden in Österreich und Italien.		Frist	zu betreiben am
			neue Frist

Dr. RUSSOMANNO: übergibt Adriano Nr. 95, 96 und 97 und urgiert die Bekanntgabe der Namen aus dem Notizbuch des Alois LARCH.

Dr. HUSLER: Wir werden es Ihnen von Wien aus schicken. Wir haben nichts Neues in Erfahrung gebracht, aber was wir haben, werden wir Ihnen schicken.

Dr. RUSSOMANNO: Was ist mit den Namen in LARCHS Notizbuch?

Dr. PETERLUNGER: Mit Ausnahme eines Namens, der noch nicht identifiziert werden konnte, sind alle negativ.

Dr. RUSSOMANNO: Vielleicht haben wir für diese Namen Interesse.

Dr. PETERLUNGER: Wir werden Ihnen alle Namen gesammelt bekanntgeben.

*nein nicht alle!
einigen können wir nicht identifizieren.*

Es wurden den Italienern Namen, Verhörergebnisse und auch

Polizeifotos von Exil-Südtirolern heimlich zur Verfügung gestellt.

Prozess gegen Österreicher – Beweismittelunterdrückung durch das Innenministerium – falsche Zeugenaussage

*Gegen die von Italien in der Causa Porze-Scharte beschuldigten Österreicher Peter Kienesberger, Dr. Erhard Hartung und Egon Kufner wurde ein Prozess angesetzt. Der ÖVP-Innenminister Dr. Hetzenauer enthielt dem Gericht wesentliche in den österreichischen Akten aufliegende entlastende Beweise vor und es kam sogar zu einer Falschaussage eines hohen Polizeibeamten. Den anschließenden Schuldspruch hob allerdings der Oberste Gerichtshof wieder auf und in der folgenden Verhandlung kam es 1971 dann zu einem klaren Freispruch. Eindeutige Beweise hatten ergeben, dass die von Italien Beschuldigten keine Täter waren.



Von links nach rechts: Die zu Unrecht Beschuldigten Egon Kufner, Dr. Erhard Hartung und Peter Kienesberger in Erwartung des Urteils.

Porzescharte: Jetzt Freisprüche

Wien (Eigenbericht). Dieses Urteil schlägt wie eine Bombe ein: Der wieder-aufgerollte Prozeß um das Mörderattentat auf der Porzescharte endete Dienstag mittag im Wiener Grauen Haus mit einem Freispruch. Nach

gesetz schuldig gemacht hätten, mit drei Ja- und fünf Neinstimmen. Staatsanwalt Dr. Karl Müller meldete gegen diesen Freispruch sofort Nichtigkeitbeschwerde an. Der Antrag des Staatsanwalts, bis zur Entscheidung

den Vorsitzenden, OLGR Dr. Gleissner, hieß es, es sei kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß Kienesberger, der sich seit 1967 in U-Haft befunden hat, nach seiner sofortigen Enthaltung ins Ausland fliehen würde.

hatte es bekanntlich vorgezogen, das ihm zugesicherte freie Geleit auszusprechen. Er war zu diesem wieder-aufgerollten Prozeß nicht erschienen. Im aufgehobenen Ersturteil waren bekanntlich folgende Strafen verhängt

Schlagzeile in der Tageszeitung „Kurier“ vom 19. Mai 1971

*In Italien kam es ebenfalls zu einem Prozess gegen die drei Österreicher – in Abwesenheit und geführt nach der alten faschistischen Strafprozessordnung. Hier kam es selbstverständlicher Weise zu einer Verurteilung.

Wien duldet Folterungen eigener Staatsbürger

*Angesichts der überaus kooperativen Haltung der Regierung Klaus ließ man in Italien auch gegenüber verhafteten Österreichern alle Hemmungen fallen. Die österreichischen Staatsbürger Hans Jürg Humer und Karl Schafferer wurden schwer gefoltert. Dem österreichischen „Bergisel-Bund“ war ein detaillierter Bericht der Mutter eines der Gefolterten zugekommen. Ihr Sohn hatte ihr bei einem Besuch im Gefängnis flüsternd mitgeteilt, wie schwer er zwecks Erpressung eines Geständnisses gefoltert worden war. Dieser Bericht wurde Bundeskanzler Dr. Josef Klaus und seinem Außenminister Dr. Waldheim übermittelt und verschwand dort auf Nimmerwiedersehen, ohne dass Wien einen Finger für die gefolterten eigenen Staatsbürger rührte. Die Berichte müssen damals vernichtet worden sein, denn sie sind auch heute im Staatsarchiv nicht mehr auffindbar.

Der Autor Helmut Golowitsch – damals Mitarbeiter im Bergisel-Bund – hatte jedoch Kopien verfertigt gehabt, die jetzt in der vorliegenden Dokumentation wiedergegeben sind.

BERGISEL BUND

SCHUTZVERBAND FÜR SÜDTIROL
Der Obmann, Ing. Richard Helly

Landesverband für
Oberösterreich
Linz/Donau, Dinghoferstraße 3

Herrn
Bundekanzler
Dr. Josef Klaus

Wien
Ballhausplatz

Linz, den 29. II. 1968

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Dem Bergisel-Bund Oberösterreich sind authentische Unterlagen zugekommen, daß der am 12. September 1967 bei Brixen verhaftete österreichische Staatsbürger und Student Hansjürgen Humer aus Innsbruck von italienischen Polizeiorganen schwer gefoltert wurde. Wir haben uns erlaubt, Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die uns bezüglich des Falles Humer zugekommene Unterlage zuzusenden. Eine Photokopie ergeht sowohl an den Herrn Außenminister als auch an den Landeshauptmann von Nordtirol.

Wir haben Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, diese Tatsachen mitgeteilt, da wir der festen Überzeugung sind, daß Sie es nicht dulden werden, daß seitens italienischer Polizeibehörden in derartiger Weise mit unseren Staatsbürgern umgesprungen wird.

Bezüglich der an Egger verübten Folterungen wären genauere Einzelheiten sicher bei seiner alten Mutter zu erfahren, die in Liens lebt und ihren Sohn schon besuchen konnte.

Bezüglich des beiliegenden Protokolles über Humer bitten wir, das Protokoll insoferne vertraulich zu behandeln, als es nicht bekannt werden soll, daß die Informationen von der Mutter direkt stammen. Das Protokoll trägt auf der letzten Seite die Unterschrift der Mutter. Auf derselben Seite sind auch die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen das Dokument verwendet werden soll.

Es zeichnet hochachtungsvoll
der Obmann

(Helly)

Anlage : 1 Protokoll

Ablichtung des Protokolls ergeht
an den Herrn Außenminister.

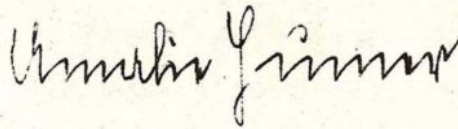
Gedächtnisprotokoll einer Unterredung mit Frau Amalia Humer,
der Mutter des in Bozen in italienischer Untersuchungshaft
befindlichen Innsbrucker Studenten Hansjürgen Humer. Das Gespräch

Hansjürgen wurde mehrmals mit Salzlösung vollgepumpt, bis sein Körper wie ein Ballon angeschwollen war. Dann wurde ihm diese Salzlösung oder Säure wieder herausgepreßt. Diese Prozedur wurde mehrmals wiederholt.

Außerdem wurde Hansjürgen nackt ausgezogen und an den Geschlechtsteilen schwer mißhandelt. (In welcher Weise, teilte Hansjürgen entweder aus Zeitmangel oder Scham seiner Mutter nicht mit). Des weiteren rissen ihm die Carabinieri Körperhaare aus und schlugen ihn andauernd. Außerdem wurde Hansjürgen nackt aus-

gezogen festgebunden und dann mißhandelt. Welcher Art diese Mißhandlung war, konnte mir Frau Humer nicht angeben.

Nach 6 Tagen brach Humer zusammen und machte die von den Carabinieri gewünschten Angaben. Humer kann sich an sein Geständnis selbst nicht erinnern und kann auch nicht mehr angeben, genau wann und in welcher Situation er gestanden hat. Er weiß nur noch, daß er am nächsten Tag aufwachte und man ihm auf Tonband sein Geständnis vorspielte, das er dann auch in der Folge unterschrieb.



Widerstand von ÖVP-Landespolitikern und des Justizministers

Das geheimdienstliche und sicherheitspolizeiliche Zusammenspiel mit Rom hatte man damals nicht nur vor der österreichischen Bevölkerung, sondern vor allem auch vor den Nordtiroler Landespolitikern geheim gehalten.

Widerstand dagegen leistete der auf Rechtsstaatlichkeit bedachte parteifreie Justizminister Univ.-Prof. Dr. Hans Klecatsky. Er lehnte die Schaffung von Sondergesetzen ab.

Klecatzky gegen „Terroristengesetze“

München — Scharf lehnte der österreichische Justizminister Prof. Dr. Hans Klecatzky gestern in München den Erlaß von Sondergesetzen gegen Südtirolterroristen ab. Auf einer Pressekonferenz zu Beginn eines viertägigen Besuchs in Bayern sagte der Minister, mit solchen Gesetzen werde dem Rechtsstaat ein Ende gesetzt. Die Urteile in Italien gegen Terroristen nannte Klecatzky „unverhältnismäßig hoch“. Er sehe in derartigen Urteilen einen Verstoß gegen die Rechtsnormen.



Nordtiroler Politiker wie der Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (ÖVP) und ehemalige altösterreichische Offiziere wie der oberösterreichische Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner (ÖVP) opponierten ebenfalls gegen die Wiener Linie, ließen Demonstrationen von Südtirol-Freunden zu und unterstützten finanziell die Familien inhaftierter Südtiroler Freiheitskämpfer.



Die vorliegende Dokumentation behandelt die Geschehnisse bis zu dem Jahr 1968. Ein noch in Ausarbeitung befindlicher

weiterer Band soll im Herbst erscheinen und Verfolgungen von Südtirolern in Österreich und die politische „Erledigung“ der Südtirol-Frage durch die Autonomie-Lösung und Streitbeilegungserklärung behandeln. Hierbei hat Österreich im Interesse Roms auf eine international-rechtliche Absicherung des Autonomie-„Pakets“ verzichtet, um so die Aufhebung des EWG-Vetos zu erreichen.

Tatsächlich sollte Italien sein Veto gegen einen österreichischen EWG-Beitritt auch erst am 8. Dezember 1969 zurückziehen, nachdem am 22. November 1969 die Landesversammlung der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) das unter Mithilfe Österreichs ausgehandelte, international nicht abgesicherte „Autonomie-Paket“ angenommen hatte.